

WISO

Hurra, wir sind aus der Krise! Sind wir das? Und wie lange noch?

1. Was ist schon Krise?	58
<hr/>	
2. Wie Wirtschaft war und noch ist: Märkte, Politik und Weltwirtschaftskrisen	62
2.1. Gefahrenpotenzial gestiegen, aber kaum ernst genommen	62
2.2. Systemrisiken trotz historischer Evidenz unterschätzt	64
2.3. „s Köpferl im Sand“	66
<hr/>	
3. Worum es wohl geht oder gehen sollte	71

Rainer Bartel

*Außerordentlicher
Universitätsprofes-
sor am Institut für
Volkswirtschaftslehre
der Johannes Kepler
Universität Linz*

Auszug aus WISO 4/2011

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstr. 40

A-4020 Linz, Austria

Tel: + 43 (0) 732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 -2889

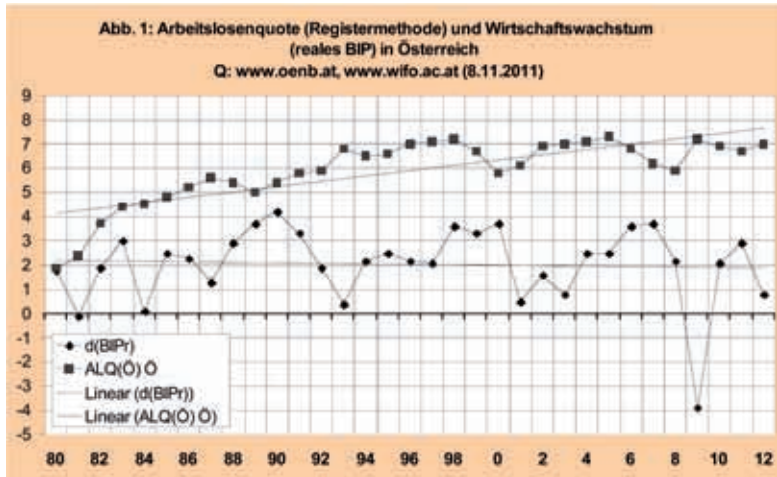
Email: wiso@akooe.at

Internet: www.isw-linz.at

1. Was ist schon Krise?

Krise auch bei Wachstum

In einer wachsenden Wirtschaft, wie der von uns gewohnten, können Krisen – also stark unerwünschte Zustände – auch bei geringen, aber positiven Wachstumsraten von Produktion und Einkommen diagnostiziert werden. Beachten wir dazu auch die unterschiedlich verlaufenden Trendlinien und die Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung vom Trend (Abb. 1).



Arbeitslosen- quote steigt, Beschäftigung kaum

In Phasen niedrigen, aber immerhin positiven Wirtschaftswachstums steigt die Arbeitslosenquote, weil (a) Arbeit sparender technischer Fortschritt es erlaubt, dieselbe Produktion mit weniger Arbeit herzustellen, und weil (b) immer mehr Menschen am Erwerbsleben teilnehmen wollen, aber nicht alle von ihnen es schaffen, einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Außerdem wird die Zunahme der Beschäftigung an der Anzahl jeglicher Arbeitsverhältnisse gemessen und eben nicht in Vollzeit-äquivalenten zu 36 Stunden, und schon gar nicht in Jobs, von denen man leben kann, also von Jobs, die keine working poor produzieren.¹

Stagnation

In Anbetracht all dessen ist Stagnation (Nullwachstum) ohne allgemeine Arbeitszeitverkürzung ein Problem für die Beschäftigung, eine Ursache steigender Arbeitslosigkeit. Denn Arbeitslosigkeit ist faktisch stattfindende Arbeitszeitverkürzung. Im Krisenjahr 2009 erfolgten, wohl nicht zuletzt unter dem Druck negativen Wirtschaftswachstums

und hoher Arbeitslosigkeit, relativ viele Unternehmensgründungen; ihnen standen aber mehr Schließungen gegenüber, mit negativem Arbeitsplatzsaldo.²

In der Volkswirtschaftslehre kommt es sehr auf das Verhältnis zwischen Einzelmensch und Gesamtwirtschaft an:

Was vermag erstens die von der Krise unmittelbar betroffene Einzelperson selbst dagegen zu tun, und was kann nur gemeinschaftlich – staatlich koordiniert – erreicht werden: sowohl für das Individuum als auch für die ganze Gesellschaft. Leicht schreiben wir Arbeitslosigkeit den Betroffenen als selbst verschuldet zu und unterschätzen den Bedarf an gemeinschaftlicher Anstrengung zur Krisenüberwindung. Dies gebührend zu berücksichtigen, ließe die Wirtschaftspolitik engagierter und zielgerichteter ausfallen.

*Arbeitslose
selbst schuld?*

Zweitens fragt sich, wie das Leid des Individuums das kollektive Wohlergehen beeinträchtigt. Nüchterne Zahlen wie Veränderungsraten des realen (= kaufkräftigen) Einkommens und Veränderungen der Arbeitslosenquoten vermitteln uns zu wenig, noch dazu wenn wir von vergleichsweise geringen Niveaus von Arbeitslosigkeit ausgehen können wie in Ober-/Österreich. Diese Bilder erfassen die soziale Realität – grob gesprochen: Freud und Leid, ökonomisch gesprochen: Nutzen und Kosten – unserer Gesellschaft eher schwach. Kosten der Krise ist ein eher weit gefasster und deshalb umso wichtigerer Begriff. Er leidet allerdings darunter, dass diese Kosten umso schwerer zu quantifizieren sind, je mittelbarer sie wirken, auch wenn sie dadurch nicht schwerer wiegen. Deshalb bleibt oft ein wesentlicher Teil des gesellschaftlichen Übels „Unterauslastung von Produktionskapital und Arbeit“ aus unserer Wahrnehmung ausgeblendet. So mögen wir die Kosten der Krise systematisch unterschätzen und dazu neigen, mit niedrigem Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zufrieden zu sein.

*Statistik über-
sieht viel Leid*

Doch zum Ersten haben wir durch wieder ansteigendes Wachstum das Ausgangsniveau unseres Wohlstands vor der Krise wohl eben erst erreicht (reales BIP in Österreich 2008: 267,347, 2009: 257,161, 2010: 263,113, wifo-Prognose vom September 2011 für 2011: 270,743 und 2012: 272,909 Mrd. €).³ Zum Zweiten sind die zwischenzeitlich eingetretenen Wohlstands- und Beschäftigungseinbußen unwiederbringlich verloren, selbst bei nachfolgend hohen

*verloren ist
verloren*

Krise wirkt nach Wachstumsraten, die ja ohne Krise auch – höchstwahrscheinlich sogar noch höher – aufgetreten wären.⁴ Zum Dritten sind die wieder geschaffenen Arbeitsverhältnisse noch Jahre danach von schlechterer Passgenauigkeit zur Person als vor der Krise (sullyng effects of recessions).⁵ Zum Vierten, aber nicht zuletzt, ist mit zunehmenden Wachstumsraten noch gar nichts über die Entwicklung der Wohlstandsverteilung gesagt (wie geht es den einzelnen Menschen in ihren Haushalten?).⁶

individuelle Kosten Die gesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit, das sind ihre gesamten, volkswirtschaftlichen Kosten, umfassen (a) neben den individuellen Kosten, die von den unmittelbar von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit Betroffenen zu tragen sind, (b) auch die externen Kosten der Arbeitslosigkeit, welche vor allem, jeweils mehr oder weniger, alle anderen treffen.

(a) Trotz Transferzahlungen tritt oft ein empfindlicher Einkommensverlust ein und bringt den Arbeitslosen Sorgen und Scham. Darüber hinaus sind die Transfereinkommen der Arbeitslosen bei vorheriger Teilzeitarbeit oder prekärer Beschäftigung noch geringer.

Qualifikationsverlust entsteht durch Nichtausüben und somit Nichtüben einer Fähigkeit. Die Dequalifikation kann sich in Form von Einbußen an künftigen Beschäftigungsmöglichkeiten und Erwerbseinkommen auswirken. Zur Erhaltung der Qualifikation sind „Lerninvestitionen“ erforderlich, die sich aber nicht rechnen, wenn die sich Fortbildenden letztlich doch keine Erwerbsarbeit finden. Es entstehen zudem auch Kosten für die Suche nach Arbeit. Die Suchkosten wirken sich besonders nutzenmindernd aus, wenn die Transfereinkommen limitiert sind und nach Auslaufen der Anspruchsfrist schließlich fehlen.

Der Umgang mit dem sozialen Umfeld gestaltet sich schwieriger, Arbeitslose werden mit einem Makel verbunden („Stigmatisierung“) und tendenziell an den Rand der Gesellschaft gedrängt („Marginalisierung“), sie empfinden deshalb Schande und Ablehnung v. a. durch jene, die Arbeitslosigkeit weder kennen noch fürchten; allein wegen des verstärkten Wohlstandsgefälles zu ihrer Umwelt kommt es quasi zu einem Ausschluss aus der Gesellschaft („soziale Exklusion“). Folgen davon sind die Verminderung des Selbstwertgefühls (...), vermehrte psychische

und psychosomatische Erkrankungen sowie letztlich stärkere Neigung zu Depressionen und Suizid. (...)

- (b) Es kommt zu erhöhten budgetären Belastungen, sowohl in Form induzierter Sozialausgaben (v. a. Arbeitslosengeld und Notstandshilfe) als auch als Entfall öffentlicher Einnahmen (es wird weniger produziert, verdient und konsumiert, so dass entsprechend weniger Lohn- und Einkommenssteuern, Sozialversicherungsbeiträge und Verbrauchssteuern bezahlt werden.

*gesellschaftliche
Kosten*

In Griechenland sind die Gesundheits- und Behandlungsprobleme ebenso wie die Selbstmorde massiv gestiegen, vergleicht man 2009 mit 2007.⁷

Eine verringerte Güterversorgung ist die Folge einer Produktion, die niedriger ist, als sie sein müsste; der tatsächliche Output liegt unter dem „Potenzialoutput“, die Gesellschaft lebt unter, nicht (wie oft zu hören ist) über ihren Verhältnissen. Höhere Importe zur Kompensation der geschmäleren inländischen Güterversorgung scheitern am dafür zu geringen Einkommen. Auf Grund nicht eingesetzten Humankapitals kommen weniger Produktions-, Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zustande. Die geringere Anzahl der menschlichen Interaktionen im Beruf lässt auch weniger Überschwappeneffekte (spillovers) an Produktivität und Innovation entstehen. (...)

Die Unternehmen reagieren auf krisenhafte Entwicklungen kostenseitig oft mit einem maximalen Abbau ihrer Beschäftigung (downsizing), selbst in den Führungsbereichen (lean management). Mit der Arbeitsverdichtung und der Kündigungsangst der verbliebenen Beschäftigten ergibt sich auch bei ihnen Nutzenverlust. Noch dazu büßen die Beschäftigten wegen der durch Arbeitseinsparungen erzwungenen Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes auch Zeitsouveränität und soziale Absicherung ein.

Das bloße Faktum einer durch die Arbeitslosigkeit ungleicher gemachten Wohlstandsverteilung macht auch Beschäftigte weniger glücklich. Dies passiert deshalb, weil der Individualnutzen auch durch den Faktor „Wohlstand der anderen“ gemehrt wird.

Letztlich kann hartnäckige, bedrückende und Hoffnungen raubende Arbeitslosigkeit zu einer verstärkten Kriminalitätsneigung

sowie zu Marginalisierung und Radikalisierung in politischer Hinsicht führen – und zwar sogar ziemlich unabhängig vom Ausbaugrad des Wohlfahrtsstaates.⁸

Krise ist also oft schon dann und dort, wo die veröffentlichte Meinung die Wirtschaftsentwicklung und -politik preist.

2. Wie Wirtschaft war und noch ist: Märkte, Politik, Weltwirtschaftskrisen

2.1. Gefahrenpotenzial gestiegen, aber kaum ernst genommen

Weltwirtschaftskrise ab 1929 und Politiken bis heute

Ein Blick zurück lohnt, um einzuschätzen, wie wahrscheinlich es sein dürfte, falls wir tatsächlich aus der Krise heraus sind, (immer) wieder in eine neue hineinzuschlittern. Eine Charakteristik bereits der Ersten Weltwirtschaftskrise (WWK1) ab 1929 war die rasche Erholung der Produktionsmengen im Vergleich zur Beschäftigung.⁹ Hätten damals v. a. Großbritannien (sozialer Wohnbau), die USA (New Deal Program) und Deutschland (Infrastruktur- und – leider – Aufrüstungspolitik) keine aktive Konjunkturpolitik (demand management, deficit spending) betrieben, wäre wohl auch die Mengenkrise länger und tiefer ausgefallen, mit den entsprechend langwierigen Konsequenzen für die Arbeitslosigkeit und das Soziale. Diese Art wirtschaftspolitischer Intervention wurde, trotz aller immer wieder an ihr geübten und seit der „Staatsschuldenkrise“ wieder aufkommenden Kritik, doch Standard für schwerere Krisen, von den Ölpreiskrisen der 1970er-Jahre bis zur jüngsten Krise, und hat deren Dauer und Schwere jeweils abgefangen. Wie sonst wäre einem massiven Nachfrageausfall auf dem Güter- und Arbeitsmarkt unmittelbar entgegenzuwirken?

Finanzmarkt „explodiert“

In der Zwischenzeit, gut 75 Jahre nach Ende der WWK1, ist der Finanzmarkt nahezu explodiert: zum einen quantitativ, zum anderen krisengefährlich und krisenhaft. Erstens spielen hinsichtlich Marktregulierungen so genannte wirtschaftsnahe PolitikerInnen und die von ihnen beigezogenen ExpertInnen – WirtschaftspraktikerInnen mit ausgeprägten Eigeninteressen – im Rahmen der Liberalisierung (und somit eines hausgemachten Globalisierungsbeitrags) eine maßgebliche Rolle.¹⁰ „Die wichtigsten Kanäle für die internationale Krisenausbreitung sind die internationalen Kapitalflüsse und global agierende Banken.“¹¹

Der Finanzmarkt wird zum effizienten Finanzierer stilisiert, obwohl schon Keynes 1936¹² eine Fehlansicht auf destabilisierende Spekulation diagnostizierte. „Othmar Karas, langjähriger EP-Abgeordneter und Vizepräsident der Europäischen Volkspartei, stimmte Matznetter [2007; Anmerkung] zu, dass das demonstrative Nichthandeln der Kommission inakzeptabel sei. Es gebe Grün- und Weißbücher für alles Mögliche, nur in einer derart wichtigen Frage sei die Kommission auffällig untätig. Er rief die Kommission zum Handeln auf. Gleichzeitig betonte er, dass eine gründliche Analyse der Ursachen der Krise wichtig sei.“¹³ Dennoch übergang man zu leichtfertig die strukturellen (institutionellen und technischen) Änderungen auf dem Finanzmarkt. In der Folge wurden bspw. einzelne Hypothekarkredite zu Bündeln zusammengefasst und als sicher unterlegte Anlagepakete den institutionellen FinanzanlegerInnen (allzu) schmackhaft gemacht.

*Finanzierung
oder Destabilisierung?*

*politische Sorglosigkeit und
Untätigkeit*

„18. September 2007. Die meisten Teilnehmer an den Finanzmärkten stehen im Ruf, eher Praktiker als Theoretiker zu sein. Zurzeit jedoch feiert in den Bankentürmen ein Ökonom seine Auferstehung, der zu Lebzeiten kaum bekannt war: Hyman P. Minsky. (...) Minskys Krisentheorie sieht so aus: In langen Zeiten wirtschaftlichen Wachstums verlieren Banken, Unternehmen und Konsumenten das Gefühl für Risiko und beginnen, von der Gier nach immer höheren Gewinnen getrieben, sich immer mehr in gewagte Finanzierungen zu stürzen. Unterstützt wird diese Neigung nicht nur durch einen Herdentrieb, sondern auch durch den unerbittlichen Wettbewerb zwischen den Banken, der zur Erfindung neuer Finanzprodukte beiträgt und zu Versuchen der Banken, herrschende Regulierungen zu umgehen. (...) Die Finanzmärkte beginnen in dieser Phase, heiß zu laufen, ohne dass die Brisanz der Lage deutlich würde. Daueroptimisten melden sich zu Wort, typischerweise mit Äußerungen wie: ‚Es gibt keinen Konjunkturzyklus mehr. Von jetzt an wird die Wirtschaft ohne Pause wachsen.‘ (...)

*Optimismus
verleitet*

Minsky unterschied zwischen drei Arten von Kreditnehmern. Neben SchuldnerInnen, die in der Lage sind, ihre Kredite zu bedienen und zurückzuzahlen, gibt es eine wachsende Zahl spekulativ eingestellter SchuldnerInnen, die zwar Zinsen zahlen, aber ihre Kredite nicht tilgen können und damit auf eine stete Verlängerung ihrer Darlehen angewiesen sind. Schließlich taucht im Konjunkturboom eine dritte Art von Kreditnehmern auf, die Minsky nach einem

*SchuldnerInnenstruktur und das
Ende der Party*

berühmten amerikanischen Schwindler ‚Ponzi-Schuldner‘ nannte: Das sind Unternehmen oder Privatpersonen, die zu arm sind, um auf ihre Kredite auch nur Zinsen zu zahlen. Sie bauen alleine auf erwartete Preissteigerungen der Vermögensgüter, die sie auf Kredit gekauft haben. In der aktuellen Situation zählen hierzu einkommensschwache Besitzer von Häusern in Amerika, deren Hoffnung auf steigende Häuserpreise sich nicht erfüllt hat und die nun nicht über die Mittel verfügen, um ihre Kredite zu bezahlen. (...) Das Ende der Party kann dann ein eigentlich nebensächliches Ereignis auslösen, das die gesamte Finanzbranche in eine Krise stürzt.“¹⁴

2.2. Systemrisiken trotz historischer Evidenz unterschätzt

Die seit Mitte 2006 steigenden Anteile der Wohnkredite, die nicht mehr bedient werden konnten und abgeschrieben werden mussten, haben im Lauf eines Jahres an sich keine Ausmaße angenommen, welche den relativ ertragsstarken US-Bankensektor tatsächlich in ihrer Existenz gefährden können.¹⁵ Die wesentlichen Probleme liegen wohl woanders: im kritischen Zusammentreffen verschiedener Problemfaktoren (Ungleichheit, Versorgungsmängel, Überschuldung, Teuerungen, Nepps, Arbeitslosigkeit, Sparkurs, soziale Härte).

*Zusammen-
treffen von
Krisenfaktoren*

Nach Zinssatzsteigerungen für Hypothekarkredite an KonsumentInnen mit schlechter Bonität (subprime mortgage rates) folgte, dadurch bedingt, eine noch einmal vermehrte Zahlungsunfähigkeit (default) von EigenheimbesitzerInnen bei der Bedienung ihrer Schulden. Es kam zum einen zu einem Preisverfall auf den US-Immobilienmärkten, der die Sicherheiten (Hauspfand, Hypotheken, mortgages) für die Banken schrumpfte, so dass die Banken wegen der Zahlungsausfälle erhöhte Risikoaufschläge verrechneten, welche die Kreditzinsen für die HausbesitzerInnen abermals steigerten ... Ein Henne-Ei-Problem, doch jedenfalls gibt es eine weiter verstärkte Rückkoppelung. Und zwar können die institutionellen InvestorInnen im Unterschied zu den individuelle Kredite vergebenden Banken (österreichisch: „Hausbanken“) keine Verhandlungen mit den hunderttausenden insolventen KreditnehmerInnen zur Erreichung von beiderseitig vorteilhaften Notlösungen aufnehmen. Diese Aufgabe ist zu komplex und zu langwierig, noch dazu für eine Institution des raschen Kaufens und Verkaufens von Kreditbündeln. So gehen beide Seiten relativ schlecht aus der Misere hervor.

Teufelskreis

Unverzögert war es denn zu einer Liquiditätskrise auf den internationalen Finanzmärkten gekommen. Die liquiditätspolitischen Maßnahmen der Zentralbanken waren anfangs nicht berauschend, sondern eher zurückhaltend, wohl um ja keinen Anlass für eine Krisenstimmung und Panikreaktionen zu geben. Außerdem wanderte die von den Zentralbanken in weiterer Folge immer stärker zusätzlich zur Verfügung gestellte Liquidität nicht in Bankkredite an Nichtbanken, sondern in die kurzfristigen Liquiditätsreserven der Banken.¹⁶ „09.08.2007: (...) „Die europäischen Banken halten ihre Liquidität fest, weil sie nicht wissen, was durch die US-Krise noch passiert“ (Andreas Biewald, Director Capital Markets bei Dresdner Kleinwort). „Es ist ein Verteilungskampf der Banken um Liquidität. Alle wollen bunkern“ (Harald Bänsch, Chefhändler der HypoVereinsbank). „Eigentlich wäre genug Liquidität im Markt (...), aber die Banken wollten ihre schlechten Titel loswerden (Bänsch).“¹⁷ „20.08.2007: Die europäischen Banken (relativ wenig die österreichischen) seien wie die US-Banken beeinträchtigt worden, weil sie ihre Ertragsmargen durch Risikoinvestitionen in den USA hochhebeln wollten.“¹⁸ „Als „Minsky-Moment“ bezeichnet man eine Phase, in der Kreditgeber äußerst vorsichtig mit neuen Ausleihungen werden und in der Folge nicht nur wirtschaftlich schwache, sondern auch eigentlich solide Finanzhäuser beginnen, in Schwierigkeiten zu geraten. Finanzhäuser, die keine Kredite mehr erhalten, sind gezwungen, sich von rentablen Anlagen zu trennen, deren Kurse dadurch unter Druck geraten.“¹⁹ Usw.

*Horten und
Liquiditätskrise*

*systemkritischer
Punkt*

So breitet sich erstens eine „Kreditklemme“ (credit crunch) über finanzielle, Handels- und Standort-Verbindungen aus. „Immer wieder treten Unternehmen oder Betriebsräte an mich heran und klagen über fehlende Kredite. Vielen Betrieben steht deshalb das Wasser bereits bis zum Hals!“²⁰ Zweitens wurden freilich die Aktienbörsen unruhig. Deshalb konnten sich die Fertigungsunternehmen nicht mehr so leicht oder günstig zusätzliches Eigenkapital auf dem Aktienmarkt besorgen und waren daher in ihrer Geschäftspolitik beeinträchtigt – obwohl die Realwirtschaft noch nicht so schlecht lief. In einer „Blase“ von Kursen spielen aber ökonomische Grunddaten (fundamentals) eine geringe Rolle. Es kommt eben nur darauf an, im Aufschwung möglichst bald (d. h. billigst) für die KundInnen der institutionellen InvestorInnen zu kaufen und möglichst knapp vor dem Abschwung (Platzen) der Blase (d. h. ertragsmaximal) zu verkaufen. Zudem stehen die für

*Finanzierungs-
krise in der Re-
alwirtschaft nach
Finanzschäden*

profit centers verantwortlichen ManagerInnen persönlich unter hohem Gewinnerzielungsdruck und werden daher aus verständlichen Arbeitsplatz- und Karrieregründen zum Eingehen relativ hoher Risiken verleitet.

Ein wichtiges Ergebnis des Keynesianismus ist: Money does matter. Geld und andere Finanzaktiva liegen nicht nur unbedeutend „wie ein Schleier“ über der realen Wirtschaft, wie das die ökonomischen Klassiker formuliert haben. Vielmehr haben monetäre Faktoren reale Auswirkungen – zumindest auf kurze bis mittlere Sicht.²¹ Auf der realwirtschaftlichen Seite bedeutete der Vermögensverlust der HausbesitzerInnen einen negativen Einfluss auf den Konsum und in der Folge die Investitionen und letztlich für den Wohlstand, insbesondere im Land der Eigenheim- und mangelnden Sozialabsicherungen (Armutgefährdung). „Zunächst muss man bedenken, dass nur etwas mehr als ein Drittel der Arbeitslosen in den USA überhaupt Arbeitslosenhilfe bekommt. Es gibt viele, die keinen Anspruch darauf haben.“²² Diese Entwicklung im Mittelstand zeichnete sich schon ein Jahr vor der akuten Finanzmarktkrise ab und wurde in der Folge auch teils als bedrohlich erkannt, blieb aber wirtschaftspolitisch unbehandelt. Man kümmerte sich nicht um diese spezifische Armutgefährdung (Neue Armut) und setzte auf eine noch ungebrochen hohe allgemeine Konsumneigung und den schwachen, exportfreundlichen Dollar. „(Es) seien Umschuldungsprogramme für die speziell und hart getroffenen Privathaushalte wirtschaftspolitisch zu gewährleisten, wie das aus der Entwicklungszusammenarbeit bekannt ist.“²³ Doch diese Forderung kam erst sehr spät, wohl zu spät, ihre Umsetzung jedenfalls zaghafte und zu spät.

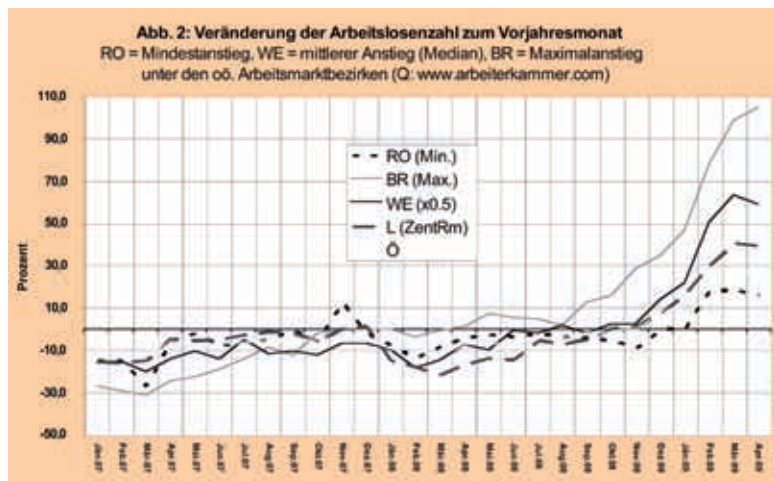
soziale Probleme weitgehend unbehandelt

2.3. „'s Köpferl im Sand“

Nach einer vorübergehenden, placebo-artigen, nur oberflächlichen Beruhigung auf den Finanzmärkten kam es ein Jahr später, im Jahr 2008, in geradliniger Fortsetzung der ersten Krise zu einer neuen globalen, aber noch verschärften Finanzmarktkrise, welche die Weltwirtschaft 2009 in die tiefste Krise seit 1929, seit 80 Jahren, stürzte. Die Krisenansteckung trifft freilich besonders hart auch das ungewöhnlich exportorientierte und exportabhängige Österreich, v. a. Oberösterreich, dessen Banken zudem eine betonte Ausbreitungspolitik insbesondere im osteuropäischen Raum unternommen hatten. Das hat freilich auch unangenehme

Weg in die Tiefe der Krise schockt auch uns

Konsequenzen für Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Die Arbeitslosenzahlen in Österreich, mehr noch in Oberösterreich und am meisten in einigen oberösterreichischen Arbeitsmarktbezirken veränderten sich erdrutschartig und schossen in bislang unbekanntem Tempo in die Höhe (Abb. 2). Selbst bei hervorragend niedrigen Ausgangswerten für die Arbeitslosigkeit löste diese Entwicklung eine Art Schock, aber auch namhafte beschäftigungspolitische Reaktionen aus.



Zumindest Österreich erholt sich mittlerweile relativ rasch von der realwirtschaftlichen Krise, hört und sagt man.²⁴ Allerdings weder Deutschland noch die USA als bedeutende Handelspartnerländer Österreichs tun dies bislang, und sogar die Weltwirtschaft schwächelt. „Die Dynamik der Weltwirtschaft ließ zuletzt weiter nach. In den USA wuchs die Wirtschaft im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal mit 0,2 Prozentpunkten neuerlich mäßig (erstes Quartal +0,1), (...). Erstmals seit der Finanzmarktkrise 2008/09 schwächte sich auch die Wirtschaftsaktivität der asiatischen Schwellenländer deutlich ab.“²⁵

sind keine Insel der Seligen

Dennoch – wie einst in der ersten Weltwirtschaftskrise – wurden die massiven wirtschaftspolitischen Bemühungen zur Konjunkturstaibilisierung (demand management, deficit spending) schon bei der ersten Erholung (2010/2011) gebremst oder umgekehrt (verringerte Kreditaufnahme bzw. Überschüsse der öffentlichen Haushalte). Damals, 1938, erfolgte deshalb eine zweite, kleinere Rezession (double dip), die – so steht zu hoffen – sich ab 2011/2012 nicht

Konjunkturpolitik zu kurz?

einstellen möge. Das Wirtschaftsforschungsinstitut bezeichnete die Situation schon voriges Jahr als positiv (wegen Erholungstendenz aus der Krise), aber riskant (weil durch die staatlichen Budgetausgleichsbestrebungen gefährdet).²⁶ Immerhin trägt diese Gefahr wiederum zur Verunsicherung der Aktien- und sonstigen Finanzmärkte bei und gibt den Derivatbörsen die erforderliche Flatterhaftigkeit zum großen Gewinnmachen für einige. Immerhin beeinträchtigen die globalen Finanzmärkte die Wirtschaftspolitiken massiv.

*Opposition sitzt
an den
Finanzplätzen*

„Handelsblatt – MorningBriefing, 18. August 2011. (...) die wahre Opposition zur Regierung sitzt nicht im Deutschen Bundestag. Sie sitzt an den Finanzplätzen Frankfurt, New York, London und Fernost. Es ist uns zur Gewohnheit geworden, dass ‚die Märkte‘ das Ko-Referat zur Regierungspolitik halten.“²⁷ 19. August 2011, Handelsblatt – FinanceToday schreibt: „Börsen-Crashes: ‚Da draußen herrscht Krieg!‘ Der Dax hat den gestrigen Handelstag mit dem größten Tagesverlust seit fast drei Jahren beendet. Einzelne Dax-Aktien stürzten um zehn Prozent ab. Auch die US-Börse schrieb rote Zahlen. Am Ende des Tages wurde überall gerätselt, was den Sturz ausgelöst hat. Ein ‚Fat Finger‘, also eine fehlerhafte Ordereingabe? Schlechte Konjunkturdaten aus den USA (...) plus negative Aussichten für die Weltwirtschaft? Oder die vom Wall Street Journal berichtete Sorge der US-Notenbank, die Euro-Krise könnte über den Interbankenmarkt in die USA überschwappen? Die Angst sei berechtigt, schreibt die Financial Times. Das Scheitern der EU-Politiker, die Schuldenkrise zu lösen, sei ein Risiko für die globale Stabilität des Finanzsystems. Das Börsenbeben sei ein weiteres Warnsignal der Märkte, analysiert das Handelsblatt. Trotz aller Beteuerungen der europäischen Regierungen glaubten die Märkte nicht, dass die Europäer der Lösung der akuten Schuldenkrise wirklich näher gekommen sind. ‚Da draußen herrscht Krieg‘, zitiert CNN Money den Analysten Frank Davis (LEK Securities). Reuters wehrt sich gegen den Begriff ‚Panik‘ – dagegen spreche, dass es aktuell Übernahmen wie Google/Motorola gebe.“²⁸

*Lage
unübersichtlich*

zweiter Absturz?

Im August 2011 halten einige BeobachterInnen es zwar nicht für sicher, aber immerhin auch nicht mehr für ausgeschlossen, dass eine weitere Finanzkrise entsteht und die Weltwirtschaft abermals im (Kredit-)Griff halten wird. Immerhin dürfte ein gerüttelt Maß an volkswirtschaftlicher Irrationalität im globalen Finanzraum stehen,

wenn Staatshaushalte wieder wie private Konsumhaushalte betrachtet werden, die sich langfristig nicht verschulden könnten.²⁹ Allein der Glaube daran zeigt Wirkung, die die Verzinsung von Staatsanleihen in absurd hohe, selbst zerstörerische Höhen multipliziert. Staatsausgabeneinsparungen können durch erhöhte Zinsausgaben gleichsam in ihrer Budgetwirksamkeit verdampfen – ohne damit die Güternachfrage nennenswert zu erhöhen.³⁰ Der Vorschlag eines Marshall-Plans für Griechenland zur Stärkung seiner Wirtschaft, Steuer-/Ertragskraft und Senkung seiner Staatsschuldenquote geht vielmehr im populistisch geschürten Geschrei nationalistischer Tiraden und Pauschalurteile unter. „Das Land wird jetzt an die Wand gefahren.“³¹

*zerstörerische
Energie und Na-
tionalismus statt
Aufbauplan*

Das jüngst zusätzlich geplante US-Konjunkturprogramm Obamas ist wie Tropfen auf heiße Steine und sollte wohl die wirtschaftliche Stimmungslage zu verbessern helfen: „Alles, was an expansiver Nachfrage-Stützung in den USA passiert, ist positiv. Denn die momentane Entwicklung geht genau in die Gegenrichtung, die Bundesstaaten kürzen ihre Budgets, entlassen ihre Lehrer, ihre Polizisten, schließen Museen, kürzen Sozialleistungen. Das sind alles sehr negative Zeichen für die Konjunktorentwicklung der nächsten zwei Jahre. (...) Im Großen und Ganzen ist das Paket sehr, sehr klein, in der Relation zum BIP. 300 Milliarden zu etwa 14.000 Milliarden Dollar. Damit kann man höchstens die bestehende Abwärtsentwicklung etwas bremsen. (...) Die großen Konzerne sitzen zurzeit auf gewaltigen Liquiditätsreserven und weigern sich massiv zu investieren. Angesichts der schwachen Nachfragesituation ist das natürlich zu verstehen, aber gleichzeitig schwingt ein gewisses politisches Ressentiment gegen die Obama Administration sicher mit. Ich glaube, wir werden weitere zwei Jahre schwaches Wachstum, wenn nicht eine Rezession, in den USA erleben.“³²

*Tropfen auf
heiße Steine*

Der dominierende analytische Ansatz der Neoklassik ist ein mikroökonomischer. Sie befasst sich – als ökonomischer mainstream – mit dem wirtschaftenden Individuum (representative agent, oft homo oeconomicus) und seinem Verhalten jeweils unter typischen Marktformen. So analysiert der mainstream die Gewinn maximierende Einzelunternehmung oft wie einen homo oeconomicus, den Staat wie ein Unternehmen (PolitikerInnen wie „politische UnternehmerInnen“ und daher auch wie einen ei-

falsche Brille?

gennützigem homo oeconomicus), den Staatshaushalt wie einen privaten Konsumhaushalt und die Gesamtwirtschaft wie eine Einzelunternehmung.³³ Mit erstaunlichen Ergebnissen: „In the Chicago economics classrooms of the 1930s, markets always cleared. Yet some students and teachers knew they had to reconcile theoretical dogma with the depression misery around them.“³⁴

*demokratische
Legitimation?*

Vor diesem wissenschaftlichen Hintergrund zeigt sich mit bisher ungekannter Deutlichkeit, dass die Märkte der demokratisch legitimierten und mit einem Mandat zur sozialen Gestaltung der Gesellschaft ausgestatteten Politik das Heft aus der Hand genommen haben. Das schuf und schafft Institutionen zur Fesselung aktiver Wirtschaftspolitik. „Die Defizit-Sperren in den Bundesstaaten [der USA; Anmerkung] sind der eigentliche Mechanismus für die prozyklische Wirkung der fiskalischen Politik. Die Bundesstaaten sind es nämlich, welche die wichtigsten Investitionen in die Infrastruktur, zum Beispiel in die Verkehrswege, tätigen. Die Fiskalpolitik verschärft im Augenblick massiv die Krise, trotz der viel zu zaghaften Versuche der Obama-Administration gegenzusteuern.“³⁵ So manche in der EU wollen Defizitsperren haben und wollen die Käufe europäischer Staatsanleihen durch die EZB beendet und umgekehrt wissen, Eurobonds und einen Europäischen Währungsfonds als Totgeburt sehen.

*Primat der Politik
über die Märkte?*

Jedenfalls wird es spannend, ob wir den Primat der Politik über die Märkte wieder herstellen wollen oder ohnehin nicht. Denn wenn sich die Politik zu einer größeren Aktion hinreißen lässt, dann oft so, dass sie den Märkten nachgibt: den FinanzmarktteilnehmerInnen und ihrer Lobby, was Symptome vorübergehend lindert, aber Ursachen nicht kuriert. „Die einzige Kraft, die die Politiker aus dieser Paralyse zu befreien vermag, sind paradoxerweise die Preissignale des Kapitalmarktes. (...) Der Kapitalmarkt baut den Druck auf, den die Wähler offensichtlich nicht in der Lage sind auszuüben. Somit nehmen der Finanzmarkt und mit ihm die ‚bösen‘ Spekulanten die Rolle einer wichtigen demokratischen disziplinierenden Kraft ein und füllen das durch die Wähler hinterlassene Vakuum. Die Preissignale des Marktes sind es, die derzeit das politische Treiben diktieren.“³⁶

Wenig ermunternd war, dass die Europäische Zentralbank am Ende der Ära Trichet wieder mit Zinssteigerung begonnen hat,

obwohl die Inflation hauptsächlich importiert ist, die Zinserhöhung aber im Inland die Krise schürt.³⁷ Draghi riss das zinspolitische Steuer wieder herum und wurde prompt dafür hart kritisiert und als „zweiter Greenspan“ verunglimpft, dem mit seiner expansiven Geldpolitik die Schuld an der Finanzkrise von vielen zugeschoben wird. Das bedeutet nichts anderes, als dass Thatchers alter Spruch „There is no alternative“ (T.I.N.A.) wieder ersteht, indem man nicht willens ist, das Funktionsdefizit auf Seiten der liberalisierten Finanzmärkte zu suchen, sondern allein auf Seiten der Geld- und Fiskalpolitik.³⁸ Die Lehren der WWK1 führten nach dem Zweiten Weltkrieg zu Regulierungen, die aber im Zuge des erstarkenden Neoliberalismus wieder abgebaut wurden. Die Lehren der WWK1 und der ihr von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen her sehr ähnlichen heutigen Krise bewirken kaum etwas dergleichen. Dies, obwohl wir gesehen haben, dass die Liberalität und Internationalität vieler Finanzmärkte das Systemrisiko wesentlich gesteigert hat. Wenn (fast) alle von einer Krise betroffen sind, kann kaum jemand oder etwas die Krise verhindern; wohl aber können die Staaten in konzertierter Aktion oder aber auch als Vorreiter die Systemkrise à la Minsky hintanhaltend oder mildern und die volkswirtschaftlichen Kosten verursachungsgemäßer verteilen.

keine Alternativen mehr?

Deregulierung und Systemrisiko

Wenn der Staat unter dem Druck der Lobby partout nicht regulieren will, machen das die Finanzinstitute selber schon gar nicht: „Es wurde in den vergangenen zwei Jahren die Chance verpasst, zu zeigen, dass die Bankenwelt sich verändert hat und echte Reformen umgesetzt wurden.“³⁹

Selbstbeschränkung wirkt nicht

3. Worum es wohl geht oder gehen sollte

Alan Greenspan, früherer Präsident des US Federal Reserve System (Fed) vor nunmehr Ben Bernanke, sprach als Erster vom Ende des Euro.⁴⁰ Vielleicht ist das ein weiteres Mal typisch für eine US-Grundhaltung, dass der Euro keine Konkurrenz für den US-Dollar bilden sollte.⁴¹ Vielleicht ist es aber auch ein Einsehen, dass die europäische Politik eine gemeinsame Währung ohne wirksame und zweckmäßige Regeln eingeführt hat. Denn Einheitswährung, einheitlicher Markt und Wettbewerb dürften allein nicht hinreichen, den Zentralismus der Geld- und Währungspolitik mit dem Dezentralismus der anderen Wirtschaftspolitiken zu harmonisieren. Doch auch die Lösung dieses Problems ist zwiespältig.

Ende des Euro

*Zentralismus
versus
Dezentralität*

Eine europäische Zentralregierung im Bereich der Wirtschaftspolitik, vornehmlich Budgetpolitik, gebildet aus den nationalen Regierungen, widerspricht generell noch stärker als bisher den Vertrauensbedingungen der BürgerInnen (Stichwort Demokratie-defizit⁴²). Sie birgt speziell die Gefahr, dass hartnäckige Markt-ideologie weit radikaler umgesetzt wird als bislang („eine stille neoliberale Revolution“).⁴³ Aber ohne effektive Regulierung des Finanzmarktes dürfte andererseits die – angesichts des geld- und währungspolitischen Zentralismus – nötige Flexibilität national differenzierter wirtschaftspolitischer Gestaltung systematisch zu den Finanzmarkt- und Budgetkrisen zurückführen, sowie zu den größten Umverteilungsaktionen (von SteuerzahlerInnen und staatlichen LeistungsempfängerInnen zum Vermögensbesitz). Zur Schadloshaltung so mancher VermögensbesitzerInnen und Rettung ihrer Finanzinstitute werden aber sehr bald die öffentlichen Mittel fehlen. Noch schlimmer: Sollte eine weitere Rezession ähnlich wie 2009 einsetzen, stünden zu ihrer güterwirtschaftlichen Bekämpfung kaum noch angemessene öffentliche Mittel zur Verfügung – da wären die Rating-Agenturen und Finanzmärkte vor – und die Staaten würden wahrscheinlich zu Parallelpolitik gezwungen werden, d. h. sie müssten parallel zum Abschwung restriktive Budgetmaßnahmen treffen, um die automatisch aufklaffenden Budgetdefizite zu verringern und so den Finanzmärkten zu gefallen. Vor allem ergibt sich für die Banken rettenden Regierungen das Problem des moralischen Wagnisses (moral hazard): Die Banken werden unvorsichtiger agieren als ohne Rettungsversprechen (bailouts).

*Umverteilung
und leere
Kassen*

Parallelpolitik?

*höchste Zeit für
Antworten auf
Grundfragen*

Freiwillig und ergebnisoffen, flexibel und reversibel wären koordinierte nationale Politiken (Steuern und Soziales, Wirtschaftsförderung und Budget ...) in der Gemeinschaft ideal; sie sind aber unrealistisch. So rasch können Politik und EU-Administration nicht umlernen. Also dürfte es höchst an der Zeit sein, Grundfragen zu stellen und zu beantworten, ohne dadurch bloß eine Krise herbeizureden. Es geht um ein neues, in jeder, auch in sozialer Hinsicht nachhaltiges Gemeinschaftsverständnis in Europa. Ein erster und ganz zentraler Ansatz dazu ist die Idee eines Europäischen Währungsfonds,⁴⁴ der dann auch mit dem Konzept von Eurobonds arbeiten könnte, ohne dass nationale Egoismen es mit ihren Vetos kategorisch abblocken können sollen. Damit sollte volkswirtschaftliche Rationalität (stakeholder responsibility statt shareholder mentality) wieder verstärkt Einzug halten und ihre Wirkung entfalten. Allerdings müsste der Fehler

vermieden werden, konkrete wirtschaftspolitische Konzepte quasi im Verfassungsrang festzuschreiben,⁴⁵ sonst können Maßnahmen nicht entsprechend flexibel gestaltet werden, um problemadäquat wirken und ggf. revidiert werden zu können.

Zwar steht ein Zusammenbruch des Euro realwirtschaftlich nicht zu erwarten, denn was wäre eine echte Alternative zu der grundsätzlich doch beliebten und weit verbreiteten Welthandels- und Anlagengewährung (wobei Letzteres ja das Problem darstellt). Immerhin, der Finanzmarkt könnte der Realwirtschaft wieder erheblich schaden – nicht zuletzt im Wege der erzwungenen scharfen Budgetkonsolidierungen. „(...) alle reden von „der Weltwirtschaft“, dabei hat sie zwei sehr unterschiedliche Abteilungen: die Realwirtschaft und das Finanzgewerbe. Überall, wo echte Menschen echte Produkte herstellen, brummt die Wirtschaft. Dort aber, wo die Finanzexperten der Banken am Werke sind, kommt die Wirtschaft aus dem Knirschen nicht heraus. Der Banker ist vom Dienstleister zur Bedrohung geworden. (...) Oder wie der Vorstandschef eines deutschen Geldhauses sich (...) ausdrückte: „Wir sind wie der Hund, der sein Herrchen angreift“, hieß es im letzten August.⁴⁶ „Die heftigen Kursstürze von Banken und Finanzwerten erinnern nach Überzeugung von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann an den Herbst 2008“, das war schon im vergangenen Mai.⁴⁷ „Unicredit-Chef Federico Ghizzoni schlägt diesen September Alarm: Institutionelle Geldgeber aus den USA kappen Linien oder frieren Gelder ein.“⁴⁸ Wie sich die Bilder doch historisch gleichen!

*Euro geht wohl
nicht unter,
ist aber Spielball
des Finanzmark-
tes*

*Wie sich die
Bilder gleichen!*

Mit kurz einmal verzögerter Keynes-Politik, endlich ein bisschen Finanzmarktregulierung (wie jüngst in Großbritannien und Deutschland vorangetrieben) und baldiger, nicht zuletzt durch die Finanzmärkte bedingter, massiver Budgetkonsolidierung (durch Einsparungen statt Besteuerung nach Leistungsfähigkeit) wird das System nicht wirklich weiterkommen. Werden wir bloß die Augen zukneifen und das Beste hoffen, werden wir Symptomkuren zur Linderung und als Ausdruck wirtschaftspolitischen Gestaltens unternehmen, dann werden wir Zerrissene bleiben zwischen Stabilität öffentlicher Finanzen und allgemeiner Preisniveaus einerseits und Stabilisierung hoher Beschäftigung und Realeinkommen andererseits. Die Zeit von Alibi-, Ersatzhandlungen und Symptomkuren sollte bald enden. Wer hat die besseren Argumente, wer die größere Resistenz gegen Änderungen?

*Symptomkuren
kurieren
Dilemma nicht*

Anmerkungen

1. Buchinger, E., Csoka, B., Teilzeit – Atypische Frauenarbeit?! In: Stelzer-Orthofer, C. u. a. (Hg.innen), Zwischen Wischmopp und Laptop, Wien 2008, S. 63-72
2. Statistik Austria, 31.8.2011, http://www.statistik.at/web_de/presse/058187 (9.9.2011)
3. [http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=P_2011_09_30\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=P_2011_09_30$.PDF) (8.11.2011); das gilt auch für die Gewinne, vgl. Statistik Austria, 9.9.2011, www.statistik.at/web_de/presse/058335 (9.9.2011)
4. Bartel, R., „Stabilisierung“ und „Stabilität“: im Spiegel ökonomischer Schulen, Linz 2011, <http://ocw.oeh.jku.at/upload/media/110428%20Stabilisierung%20und%20Stabilität,%20RB.pdf> (2.5.2011)
5. Barlevy, G., The Sullyng Effect of Recessions, in: The Review of Economic Studies, Nr. 1/2002, S. 65-96
6. Bartel, R., Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung, in: WISO, Nr. 3/2003, S. 75-100, http://www.isw-linz.at/media/files/3_2003/LF_bartel_3_03.pdf (9.3.2011); der Aufschwung 2010 geht vor allem in die Gewinne: vgl. Statistik Austria, 9.9.2011, a.a.O.
7. Kentikelenis, A. u. a., Health effects of financial crisis: omens of a Greek tragedy, in: The Lancet, 9801, 22. Oct. 2011, <http://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736%2811%2961556-0/fulltext> (8.11.2011)
8. Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser als Neoliberalismus: Solidarische Wirtschaftspolitik, Wien 2006, S. 227 ff.
9. Belabed, C.A., Die große Depression und der New Deal aus makroökonomischer Sicht, Linz 2011
10. Rothschild, K.W., Gegen das Dogma der Freihandelsideologie, in: Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (Hg.), Wirtschaftspolitische Alternativen zur globalen Hegemonie des Neoliberalismus, Wien 1997, S. 119-132
11. Giannone, D., Lenza, M., Reichlin, L., Market Freedom and the Global Recession, ECARES working paper, Nr. 20/2010, <http://www.imf.org/external/np/res/seminars/2010/paris/pdf/giannone.pdf> (5.9.2011)
12. Landesmann, M., Stöllinger, R., Entwicklungen der Weltwirtschaft im Kontext der Finanzmarktkrise, WIIW-Forschungsarbeit, Wien 2009, Abstract, <http://publications.wiwi.ac.at/?action=publ&id=details%20publ=RPG2009Jan> (18.8.2011)
13. Keynes, J.M., The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936, London, New York 1973, S. 158 f.
14. AK Europa, 2007, zit. n. Bartel, R., Kreditkrise, Börsenklima, Realwirtschaft, Arbeitspapier im Büro Landesrat Kepplinger, 3.12.2007, 13 f.
15. Braunberger, G., Das magische Minsky-Moment, in: FAZ-net, 29. 9. 2007, <http://www.faz.net/artikel/C31151/finanzkrise-das-magische-minsky-moment-30031936.html> (18.8.2011)
16. Bartel, R., Kreditkrise ..., a.a.O.
17. Bartel, R., Finanzmarktkrisenhaftigkeit, Arbeitspapier im Büro Landesrat Kepplinger, 23.8.2007, <http://www.econ.jku.at/members/bartel/files/Finanzkrise.pdf> (18.8.2011)
18. Ebd., S. 2
19. Bartel, R., Kreditkrise ..., a.a.O., S. 5
20. Braunberger, G., Das magische Minsky-Moment, a.a.O.
21. Kalliauer, J., www.arbeiterkammer.com, 18.3.2009
22. Harvey, J.T., Money Growth Does Not Cause Inflation! Blog, 16.5.2011, www.forbes.com/sites/johntharvey/2011/05/14/money-growth-does-not-cause-inflation/ (11.8.2011)
23. Walther, H., Die Wahl hat Obama schon verloren, in: derStandard.at, 9.9.2011, <http://derstandard.at/1315005883727/Trotz-Konjunkturprogramms-Die-Wahl-hat-Obama-schon-verloren> (9.9.2011). Und weiter: „Die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei neun bis zehn Prozent. Wir haben in Wahrheit eine Unterbeschäftigung von 15 Prozent, vielleicht sogar höher, im Vergleich zum Höhepunkt

der Hochkonjunktur. Vor allem Junge, teilzeitbeschäftigte Frauen und ältere Arbeitnehmer haben ihren Job verloren. Aber auch im Niedriglohnssektor gibt es einen massiven Stellenabbau.“

24. Krugman, P., 2007, zit. n. Bartel, R., *Kreditkrise ...*, a.a.O., S. 11
25. Statistik Austria, a.a.O.
26. derStandard.at, 9.9.2011, <http://derstandard.at/1315005933542/Wifo-Weltwirtschaft-schwaecht-sich-ab> (9.9.2011)
27. Ederer, S., *Prognose für 2011 und 2012: Aufschwung setzt sich fort, Risiken bleiben bestehen*, wifo-Prognose 17.12.2010, www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=41014&typeid=8&display_mode=2 (25.8.2011)
28. Handelsblatt-MorningBriefing@kompakt.handelsblatt-service.com, 18.8.2011
29. Handelsblatt-Finance Today@kompakt.handelsblatt-service.com, 19.8.2011
30. Bartel, R., *Öffentliche Finanzen – wieder einmal anders betrachtet*, in: WISO, Nr. 2/2008, S. 143-182, www.isw-linz.at/media/files/2_2008/LF-Bartel_02_08.pdf (8.8.2011)
31. Stockhammer, E., *Drei neoliberale Mythen zu Löhnen und Profiten*, in: WISO, Nr. 1/2007, S. 52 ff., http://www.isw-linz.at/media/files/1_2007/LF_Stockhammer_01_07.pdf (12.9.2011)
32. Schneider, F., *Europäische Schuldenkrise & Euro: Wo steht Griechenland?* Lunch Lecture der ÖH JKU, Linz, 25. Mai
33. Walther, H., *Die Wahl hat Obama schon verloren*, a.a.O.
34. Bartel, R., *Öffentliche Finanzen*, a.a.O.
35. Bartel, R., *Volkswirtschaft und Staat als Firmen?* In: *Kurswechsel*, Nr. 2/2000, S. 91-99, http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/091_rainer_bartel.pdf (8.8.2011)
36. Samuelson, P.A., *Succumbing to Keynesianism*, in: *Challenge*, Nr. 1/1985, S. 4
37. Walther, H., *Die Wahl hat Obama schon verloren*, a.a.O.
38. Cocca, T., *Demokratie in der Krise?* In: *Finanz und Wirtschaft*, 8.10.2011, S. 1
39. Bartel, R., *Inflation – eine volkswirtschaftliche Standortbestimmung*, Arbeitspapier, JKU Linz 2011, <http://ocw.oeh.jku.at/ocw/SOWI%20Fakultät> (9.9.2011); Statistik Austria, 9.9.2011, a.a.O.
40. Cocca, T., *Die Glaubwürdigkeit der Banken ist arg angegriffen*, Interview in: *OÖ. Nachrichten*, 19.10.2011, S. 3; als Gegenposition vgl. Jessen, J., *Unterwegs zur Plutokratie*, in: *Zeit online*, 3.9.2011, 15:50 MESZ, <http://www.zeit.de/2011/36/Finanzkrise-Demokratie> (8.11.2011)
41. Ebd., S. 3
42. Handelsblatt-MorningBriefing@kompakt.handelsblatt-service.com, 24.8.2011
43. Krugman, P., *Will there be a dollar crisis?* In: *Economic Policy*, Nr. 3/2007, S. 435-467, www.economic-policy.org/article1.asp?src=bpl&aid=183&iid=51&vid=22&id (5.9.2011)
44. Dahrendorf, R., *Ein merkwürdiges Dokument*, in: *Welt online*, 12.7.2004, www.welt.de/print-welt/article326836/Ein_merkwuerdiges_Dokument.html (24.8.2011)
45. Klatzer, E., Schlager, C., *Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution*, in: *Kurswechsel*, Nr. 1/2011, S. 61
46. Gerade das Beispiel der USA zeigt die Problematik rigider Regelungen der Staatsfinanzen auf: „Die gesamten Konjunkturpakete, die Obama bisher durchgesetzt und umgesetzt hat, haben nur den Effekt gehabt, dass die negativen Nachfrageeffekte der Budgetkürzung auf Ebene der Bundesstaaten und Gemeinden geringfügig abgeschwächt wurden. Die meisten Bundesstaaten sind ja per Gesetz verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. (...) Obama hat in der Schuldendebatte vor den Republikanern total kapituliert – die Sparmaßnahmen, die er mit den Republikanern ausgehandelt hat, treffen vor allem die untersten Einkommensschichten. (...) Er hat sich von den Republikanern zu sehr erpressen lassen, viel zu wenig gekämpft“. Walther, H., *Die Wahl hat Obama schon verloren*, a.a.O.

47. Schulmeister, S., Europäischer Währungsfonds: fünf dringende Maßnahmen. In: derStandard.at, 9.8.2011, <http://derstandard.at/1311803094778/Europaeischer-Waehrungsfonds-fuenf-dringende-Massnahmen> (24.8.2011), vgl. auch <http://derstandard.at/1304553637131/Das-Spiel-der-Marktkraefte-gegen-den-Euro>, 3.6.2011 (24.8.2011)
48. Collignon, S., Democratising Europe, in: Social Europe – the journal of the european left, Nr. 3/2007, S. 126-132, www.social-europe.eu/fileadmin/user_upload/journals/SocialEurope-7.pdf (24.8.2011)
49. Handelsblatt-MorningBriefing@kompakt.handelsblatt-service.com, 26.8.2011
50. derStandard.at, 5.5.2011
51. Handelsblatt-MorningBriefing@kompakt.handelsblatt-service.com, 9.9.2011

Der Beitrag wurde im August/September 2011 verfasst.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at